

Hochrufen, der auf dem Balkon dreimal erschien und mit Hörknöpfen für die ihm vorgetragene Ausbildung dankte. Dernach ist die in unserem gestrigen Abendblatt enthaltene Meldung aus Belgien, daß der liberale Parteitag die durch den Staatskrieg geschaffene Lage als verhängnisvoll und ungestaltbar mit allen geleglichen Mitteln zu bekämpfen beschlossen habe, zu berichtigten.

Vom Kriegsschauplatz in Südafrika kommen bereits die ersten ungünstigen Nachrichten. Dennoch ist starker Krieg im Afrikabecken eingetreten. Der Empore steht voll. Der Erfolg der Expedition gegen Lobengula ist durch den ungewöhnlich frühen Eintritt der Regierung gefährdet. Von der Capcolonia gehen täglich Verstärkungen nach Mahomedanland ab, vorerst jedoch keine Freiwillige der in die Colonee stationierten britischen Regimenter. Sein viel größter Wohlstand ist es, daß der Bündnisdienst der Arbeitersunion in Johannesburg — wie Premierminister Sir Cecil Rhodes in einer Rede in Port Elizabeth meinte — Freiwillige zum Heistand für die Matalele verhindert. Dadurch zeigt sich, daß die soziale Frage bereits weit nach Südafrika hinausgreift. Die Arbeiter neigen eher für die "Wilde", als für die weißen Besitzer des Goldbergreiche.

Deutsches Reich.

○ Berlin, 17. Oktober. Die Sozialdemokraten haben bis zum Ende ihres Einlaufs fertiggestellt, an der Wahlbewegung für das preußische Abgeordnetenhaus nicht zu beteiligen. Derselbe ist es bekannt, daß dieser Einlauf auch unter den "Genossen" manchen Widerstand geübt hat, und dem einzelnen Sozialdemokraten wird es nicht vermocht werden können, seine Stimme, wenn auch eine jetzt organisierte Abstimmung, abzugeben. Durch das Abscheiden des Sozialdemokratischen ist ein Faktor der Erregung und Erhöhung mehr aus der gegenwärtigen Wahlbewegung in Preußen entfallen, und zum Theil ist auch darauf die geringe Bedeutung der letzten zurückzuführen. Der träge Verlauf, der auch in den Fällen zu außerordentlichen großen Stämmen besteht, erklärt sich zum Theil daraus, daß der sozialdemokratische Heit diesmal seine Thätigkeit im Parlamente eingeschloßt hat. Die Zurückhaltung der Sozialdemokratie in Preußen findet ihr nachdringende Erläuterung in der Erwähnung, daß sie bei der Gassenwahl und den öffentlichen Stimmabzählen unzählige glänzende Erfolge erzielte kann und dadurch den Einfluß ihrer Sitz bei den Reichstagssitzungen zulasten anderer Parteien verschafft.

Das Durchdringen von Abgeordneten zweier Richtung ist so gut wie ausgeschlossen, auch das Abstimmen von Wahlmännern ist bei dem Verteilungsrecht der höheren Steuerklassen erschwert. Was sie vielleicht reizen könnte, sich doch an der Wahl zu beteiligen, ist die Möglichkeit, anderen Parteien, insbesondere der Volkspartei, einige Unterstützung zu gewähren und sich durch Eigenheiten für andere Wahl zu eignen, sowie ferner der Geschäftspunkt, daß eine auf fortwährende Agitation und Anreizung angelegte Partei keine Gelegenheit vorübergehen lassen sollte, ihre aufgerissene Tägigkeit, wenn auch ohne unmittelbare praktische Erfolg, zu entfalten und die "Diensten" in Atem zu halten. Aber es liegt offenbar in Preußen auch auf der sozialdemokratischen Bewegung gegenwärtig eine gewisse Ermüdung und Erschöpfung; die Reichstagsabstimmung haben die Kräfte überspannt, und man muß sie erst wieder sammeln. Auf Anstrengungen, deren Erfolg vorausdenken kann erreichen mög, daß die sozialdemokratische Bewegung im Rückgang begriffen sei, haben es die Jünger bestimmt nicht aufkommen lassen wollen, und der Widerpruch unter den Parteigenossen ist doch nur vereinzelt und wenig wirksam geblieben.

○ Berlin, 17. Oktober. In Grünberg-Friedstadt, bisher durch zwei Konservative vertreten, werden durch einen national-liberal-konservativen Kompromiß Graf Schad (national) und Rector Kosch (freiheit, Bösel) aufgestellt. — In Düsseldorf stellen die Blauhütepartei als Kandidaten den Generalsekretär Dr. Brueuer und Oberstaatsanwalt A. D. Becker auf. Ersterer ist auch von den Vertreternmannerversammlung in Hagen neben dem Rechtsanwalt Dr. Bömann aus Hagen proklamiert worden. — Im Billkreis, bisher vertreten durch Professor Grämer, wird der Reichstagsabgeordnete Ambrosius Hoffmann, in Biedenkopf und Saarbrücken durch die bisherigen Vertreter, Konservatordirektor Seidenk und Landgerichtsrath Ohem, im Landkreis Cassel (bisher conservativ vertreten) Domänenpächter Beckholz, in Coblenz Gutbesitzer v. Stedemann und Apotheker Merlet als national-liberaler Kandidat aufgestellt. — Als nationalliberaler Kandidat für Frankfurt a. M. werden Rechtsanwalt Dr. Dötsch und W. v. Rath genannt.

○ Berlin, 17. Oktober. In seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause hat der Bundesrat wie abzuhören über die Belebung seiner Ausschüsse aus dem Reichstag gesetzt. Bereit wurden zu Mitgliedern des Ausschusses für das Handwerk und die Fertigkeiten, in dem Preußen und Bayern auf Grund der Verfassung vertreten sind (I): Königreich Sachsen, Württemberg, Baden,

Württemberg-Schwarzwald und Sachsen-Anhalt-Gotha;

zu

Stadt

und

Land

und

Land